



Münch, Richard

Mit dem PISA-Express in die globale Wissensgesellschaft. Regimewandel durch die Transnationalisierung des Feldes der Bildung

Richard Münch, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Lehrstuhl für Soziologie II, richard.muench@uni-bamberg.de

Plenum: Bildung und Aufwachsen zwischen internationalen Standards und lokalen Konstellationen

PISA ist zum internationalen Sinnbild der Modernisierung von Bildung, Schule und Unterricht im Zuge der Ablösung des alten Steuerungsmodells durch ein neues geworden. In Deutschland kann man sagen, dass die alte Inputsteuerung von drei institutionellen Komponenten flankiert wurde: von der Stratifikation des Bildungssystems, der bürokratischen Kontrolle des Schulbetriebs und der professionellen Autonomie der Lehrerschaft in der Gestaltung des Unterrichts. Die Demokratisierungsbewegung und die Reformpädagogik der 1970er Jahre haben die Inklusions- und Leistungsdefizite dieses alten Steuerungsmodells beheben wollen. Ihnen war allerdings ein nur mäßiger Erfolg beschieden. PISA ist Teil einer Reformbewegung in der Gegenwart, die das gleiche Ziel durch die Umstellung von Inputsteuerung auf Outputsteuerung und Wettbewerb erreichen will. In diesem Beitrag wird die neue Reformbewegung im Feld der Bildung verortet. Es wird gezeigt, woraus sie sich speist, in welche Position sie in den materiellen Kämpfen gelangt, welche bisher dominanten Akteure sie herausfordert und in eine Position der Verteidigung drängt und wie in den symbolischen Kämpfen das Verständnis von Bildung neu bestimmt wird. PISA und die damit einhergehende Transformation von Bildung, Schule und Unterricht in die Richtung von Inklusion und meritokratischer Stratifikation, Schulautonomie, freier Schulwahl, Leistungswettbewerb nach zentral definierten Bildungsstandards, Qualitätsmanagement, evidenzbasierter Unterrichtstechnologie und Humankapitalproduktion ist Teil und Vehikel eines tiefer greifenden gesellschaftlichen Wandels, der in Deutschland in der Tendenz zu einer Überformung des konservativen Wohlfahrtsstaats durch Elemente des liberalen Wettbewerbsstaats führt. Das Credo des liberalen Wettbewerbsstaats ist die Idee, soziale Inklusion vollständig auf die Investition in kognitive Kompetenzen umstellen zu können. Auswertungen der international verfügbaren empirischen Untersuchungen ergeben jedoch eine ernüchternde Bilanz: Es lassen sich nur in wenigen Fällen die erwarteten positiven Effekte der Einführung von Schulautonomie, freier Schulwahl und Wettbewerb nachweisen, wobei jeweils die Validität der Ergebnisse in Frage steht, wenn die festgestellten Effekte nur kurzfristiger Natur sind bzw. nicht eindeutig auf den Leistungswettbewerb zurückzuführen sind. Umso schwerer wiegen dann aber die zahlreichen unerwünschten Effekte, die in empirischen Studien ermittelt wurden.